



**Koalitionsvertrag zwischen SPD und
BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN für die
Legislaturperiode 2019 bis 2024 der
Bezirksversammlung Harburg**



Präambel.....	1
Nachhaltige Stadtentwicklung – sozial und ökologisch	2
Wohnungsbau.....	2
Entwicklung des Bezirks und seiner Quartiere	3
Zentrenentwicklung.....	4
Neue Mobilität für Harburg	5
Öffentlicher Personennahverkehr.....	5
Straßenverkehr	6
Der soziale Bezirk	9
Familien und Kinder stärken und unterstützen	9
Schule.....	10
Integration und Inklusion.....	10
Soziales Miteinander/Jede*r wird gesehen	10
Wissenschaft und Wirtschaft	12
Technische Universität.....	12
Harburger Binnenhafen.....	12
Innovation	13
Wirtschaft.....	13
Klima-, Umwelt- und Artenschutz	15
Klimaschutz und Klimafolgenmaßnahmen	15
Umweltschutz	16
Artenschutz und Biodiversität.....	16
Bildung für nachhaltige Entwicklung im Bezirk umsetzen	17
Kultur und Sport	18
Räume für Kultur schaffen	18
Stadtteilkultur fördern.....	18
Stadtteilkultur braucht Kommunikation und Mitbestimmung	19
Sportentwicklung	19
Teilhabe	21
Bürgerbeteiligung.....	21
Beteiligung von Kindern und Jugendlichen	21

Präambel

Die Herausforderungen, denen sich auch die bezirkliche Politik gegenüber sieht, sind größer geworden. Das Wachstum der städtischen Bevölkerung und der inzwischen vermehrt bemerkbare Klimawandel mit seinen globalen und lokalen Folgen sind Themen, auf die politische Gremien und Verwaltung auch auf kommunaler Ebene reagieren müssen. Nur mit einer klugen Entwicklung des Bezirks in all seinen Facetten wird es langfristig gelingen, ökologische, ökonomische und soziale Fragen in Einklang zu bringen und attraktive und lebenswerte Quartiere zu entwickeln und zu behalten.

Zugleich hat sich der Diskurs in der Stadt verändert. Neben den Themen des bezahlbaren Wohnens und der Arbeitsplatzsicherheit im Strukturwandel, die Harburg durchlaufen hat und weiter durchläuft, sind in den vergangenen Jahren auch vermehrt die Fragen nach Alternativen zum motorisierten Individualverkehr in der Stadt und der Bewältigung der Folgen des Klimawandels getreten. Insbesondere die Demonstrationen der Jugend zum Klimawandel haben das Bewusstsein für die Verantwortung gegenüber der Welt und den nachkommenden Generationen und die lokalen Auswirkungen des Klimawandels geschärft.

Zu dieser Verantwortung bekennen sich die Koalitionspartner. Daher strebt die Koalition eine nachhaltige Stadtentwicklung an. Eine Stadtentwicklung, die einerseits nach wie vor für die wachsende Bevölkerung des Bezirks bezahlbaren Wohnraum schafft, andererseits aber auch die ökologischen Notwendigkeiten vor allem der Reaktion auf die Klimafolgen wie Starkregenereignisse oder die Erhöhung der Temperaturen in stärker bebauten Quartieren berücksichtigt. Zur nachhaltigen Entwicklung gehören dabei die Bewahrung von Natur und Umwelt im städtischen Kontext.

Zu einer nachhaltigen Entwicklung gehören aber insbesondere auch Veränderungen im Mobilitätsverhalten. Daher wird die Koalition die Veränderung des Mobilitätsmixes in Harburg voranbringen. Die Steigerung der Attraktivität des ÖPNV durch bessere Anbindung und größere Kapazitäten und die Verbesserung oder Schaffung von alternativen Mobilitätsangeboten sind dabei das vorrangige Mittel. Die Erhöhung des Radverkehrsanteils am Gesamtverkehr durch eine deutliche Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur ist hierzu genauso notwendig wie lokales Car Sharing oder z.B. Angebote von Sammeltaxis.

Für attraktive Quartiere und ein gutes Zusammenleben ist zudem eine gute Infrastruktur wichtig. Ein vorrangiges Ziel der Koalition ist es daher auch, dass diese Infrastruktur in Harburg vorhanden ist oder im Zuge der Stadtentwicklung geschaffen wird. Dabei geht es um soziale Infrastruktur, wie z.B. Kitas und Schulen oder auch Senioreneinrichtungen, eine gute Ärzteversorgung, ausreichend kulturelle und sportliche Angebote in den Quartieren oder Spielplätze und Grünanlagen für die Bewohnerinnen und Bewohner.

Die Harburger SPD und Grünen stellen sich der Verantwortung, die Entwicklung Harburgs in den nächsten Jahren gemeinsam in diesem Sinne zu gestalten und im intensiven Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern Harburg voranzubringen. Dabei werden wir die Beteiligung von Frauen in allen Gremien fördern und uns für gleiche Teilhabe aller Geschlechter einsetzen. Wir machen uns stark für eine offene und gerechte Gesellschaft. Die Ziele und Maßnahmen sind in diesem Koalitionsvertrag beschrieben.

Grüne und SPD streben dabei einen politischen Stil an, der den Dialog fördert und zugleich der auf allen Ebenen scheinbar voranschreitenden Polarisierung und verbalen Verrohung durch rechtspopulistische Kräfte entgegenwirkt. Ein demokratisches Gemeinwesen braucht die gemeinsame Verantwortung für unsere gemeinsamen Werte einer liberalen Demokratie und die unveräußerlichen Rechte des Einzelnen. Demokratie braucht auf allen Ebenen die sachliche Diskussion und den fairen Umgang miteinander.

Nachhaltige Stadtentwicklung – sozial und ökologisch

Die zukünftige Entwicklung Harburgs unterliegt verschiedenen Bedingungen. Das prognostizierte weitere Bevölkerungswachstum wird auch in den kommenden Jahren den weiteren Bau von bezahlbarem Wohnraum erfordern. Zugleich werden für den Wohnungsbau aufgrund der zwischenzeitlich geänderten gesetzlichen Regelungen Eingriffe in Landschaft und Natur nicht mehr ohne Weiteres erfolgen können, so dass der wesentliche Teil der zukünftigen Projekte im Wohnungsbau auch aus Gründen der Nachhaltigkeit im Wege der Nachverdichtung erfolgen wird.

Die Koalitionspartner bekennen sich mit diesem Vertrag zu den Zielen einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Geleitet vom Gedanken einer nachhaltigen Entwicklung sowohl im Hinblick auf Klimaschutz und –folgen als auch der sozialen Fragen des Wohnens und Lebens in der Stadt ist es dabei das Ziel, mit geeigneten Maßnahmen dafür zu sorgen, dass auftretende ökologische, ökonomische und soziale Herausforderungen in Einklang gebracht werden.

Wohnungsbau

- Die Koalition wird den Wohnungsbau in Harburg weiter voranbringen und dafür sorgen, dass entsprechend des „Vertrages für Hamburg“ jährlich mindestens 800 Wohnungen genehmigt werden, wobei der Anteil öffentlich geförderter Wohnungen mindestens 30 % im Mittel betragen soll.
- Eine aktive und wichtige Rolle spielen hierbei die gemeinwohlorientierten Wohnungsunternehmen wie die städtische SAGA oder die Wohnungsbaugenossenschaften. Die Koalition wird sie bei der Schaffung neuen Wohnraums politisch unterstützen und gegebenenfalls auch darauf hinwirken, dass neue Projekte begonnen werden.
- Die Koalitionspartner begrüßen und unterstützen zudem die Initiative des Senats, auf städtischen Grundstücken Projekte mit kostenreduziertem, freiem Bau von Wohnungen zu gebundenen Mietpreisen von 8,- EUR/qm zu fördern, als sinnvolle Ergänzung zum öffentlich geförderten Wohnungsbau.
- Ein geeignetes Mittel zum kostengünstigen Bau von Wohnungen kann dabei das serielle Bauen mit vorgefertigten Teilen sein.
- Die Koalitionspartner unterstützen die Bemühungen des Bezirks und privater Zusammenschlüsse von Bauherren, in Harburg Baugemeinschaften als alternative Form des Wohnungsbaus zu etablieren.
- Eine große Bedeutung beim weiteren Wohnungsbau hat der Erhalt oder die Herstellung einer guten sozialen Mischung in den Quartieren. Die Koalitionspartner werden daher dafür sorgen, dass sich der Bau neuer Wohnungen und insbesondere der Anteil öffentlich geförderter Wohnungen am Sozialindex des jeweiligen Quartiers orientieren.
- Die Koalitionspartner werden sich dafür einsetzen, dass der zukünftige Wohnungsbau das Ziel eines attraktiven Wohnungsmixes aus kleinen und großen Wohnungen erreicht. Flexible Raumnutzungskonzepte können hierbei einen Weg darstellen, unterschiedliche Wohnanforderungen zu erfüllen. Monostrukturen die z.B. ausschließlich aus sog. Mikrowohnungen bestehen, lehnen die Koalitionspartner ab.
- Stattdessen wird die Koalition von den Akteur*innen und Investor*innen im Wohnungsbau einfordern, dass bei allen Bauvorhaben auch größere Wohnungen für große Familien errichtet werden.
- Die Koalitionspartner werden sich dafür einsetzen, dass bei Neubauvorhaben bei der Einrichtung von Fahrrad- und PKW-Parkplätzen die Voraussetzungen für E-Mobilität z.B. durch entsprechende Ladestationen berücksichtigt werden.

- Die Koalitionspartner werden dafür sorgen, dass bei Projekten der Nachverdichtung eine effektive Bürgerbeteiligung z.B. in Form von Werkstattgesprächen stattfindet.
- Die Koalitionspartner sind sich darüber einig, dass im Rahmen von städtebaulichen Wettbewerben regelmäßig eine Bürgerbeteiligung stattfindet, um Bürgerinnen und Bürgern eine frühzeitige Beteiligung bei neuen Projekten der Stadtentwicklung ermöglicht wird.

Entwicklung des Bezirks und seiner Quartiere

- Die Koalitionspartner werden unverzüglich eine bezirksweite Analyse der quartiersbezogenen Nachverdichtungspotenziale durch die Verwaltung in Lauf bringen, um sämtliche Nachverdichtungsmöglichkeiten im Bezirk auf der Basis des geltenden Bauplanungsrechts zu ermitteln. Hierbei sollen auch Nachverdichtungsmöglichkeiten in Einfamilienhausquartieren ermittelt werden, um auch in diesem Bereich erweiterte Baumöglichkeiten zu schaffen.
- Dabei sind sämtliche Formen der Nachverdichtung wie z.B. auch Aufstockungen in die Betrachtung einzubeziehen und quartiersbezogen zu bewerten.
- Auf der Basis der Nachverdichtungspotenzialanalyse sind dann quartiersbezogene Konzepte zu entwickeln, die die Maßnahmen zur Anpassung an die Klimafolgen und die notwendige Entwicklung der sozialen Infrastruktur im jeweiligen Quartier anhand der möglichen Nachverdichtung ermitteln und beschreiben.
- Die Koalitionspartner sind sich darüber einig, dass auf diesem Wege lebenswerte und gemischte Quartiere entstehen sollen, bei denen in der Regel Wohnen und gewerbliche Nutzungen z.B. der Nahversorgung ebenso vorhanden sind wie eine hinreichende grüne und soziale Infrastruktur.
- Die Koalitionspartner sind sich darüber einig, dass keine neuen Großprojekte auf der „grünen Wiese“ realisiert werden.
- In der Bauleitplanung werden die Koalitionspartner darauf achten, dass die Klimafolgeneinschätzung (BauGB §1a) schon im Planungsprozess mitgedacht wird.
- Die Koalitionspartner sind sich einig, dass es in Harburg auch weiterhin keine Umgehung von gesetzlich vorgesehenen Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) durch Parzellierung von Bauflächen geben wird.
- Die Koalitionspartner sind sich auch darüber einig, dass Hochhäuser entlang der Magistralen eine denkbare Form der Stadtentwicklung sein können.
- Die Koalitionspartner streben zudem eine Prüfung der Flächen im Bezirk an, die bereits eine bauliche Nutzung haben oder in der Vergangenheit hatten, um zu ermitteln, inwieweit eine Umnutzung aktuell ungenutzter oder unzureichend genutzter Flächen in Zukunft für andere gewerbliche oder sonstige Zwecke möglich ist (z.B. Tanklagerflächen im Harburger Hafengebiet)
- Dabei soll zudem geprüft werden, welche Flächen im Bezirk Harburg, die in der Verwaltung von HPA sind, nicht mehr für hafenbezogene Nutzungen benötigt werden. Die Koalitionspartner werden sich gegenüber Senat und Bürgerschaft dafür einsetzen, dass entsprechende Flächen wieder in die Verantwortung des Bezirks übergehen.
- Die Koalitionspartner sind sich darüber einig, dass die Reduzierung des PKW Verkehrs auch in der Stadtentwicklung durch die autoarme Quartiere mit alternativen Möglichkeiten der Mobilität gefördert werden soll. Es soll daher geprüft werden, ob im Zuge der Entwicklung des Neubaugebiets Fischbeker Reethen im Rahmen eines Modellprojekts Formen des sog. autoarmen Wohnens etabliert werden.

Zentrenentwicklung

- Die Weiterentwicklung der Harburger Innenstadt und des Neugrabener Zentrums sind ein wichtiges Ziel der Koalition. Die Koalition unterstützt daher den Prozess, einen Rahmenplan für die Harburger Innenstadt zu entwickeln und wird die Umsetzung des neuen Rahmenplans für die Harburger Innenstadt und des vorhandenen Rahmenplans für das Neugrabener Zentrum z.B. durch Änderung von Bebauungsplänen oder Entwicklung von Verkehrskonzepten in Laufe der Legislaturperiode aktiv fördern.
- Die Koalitionspartner sind sich darüber einig, dass zukünftig die Quartiere um den Harburger Bahnhof und um die alte Seevestraße als wichtiges Scharnier zum Binnenhafen als Teile der Harburger Innenstadt in die Planungen einbezogen werden.
- Die barrierefreie Verbindung der Harburger Innenstadt mit dem Harburger Binnenhafen ist ein vorrangiges Anliegen der Koalition bei der Entwicklung der Harburger Innenstadt. Die Koalitionspartner werden sich gegenüber der Bürgerschaft und dem Senat dafür einsetzen, dass die hierfür erforderlichen Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden.
- Die Gestaltung der öffentlichen Wege und Plätze in den beiden Harburger Zentren sind von entscheidender Bedeutung für die Qualität und die Entwicklung als Wohn- und Geschäftsstandort. Der Umbau des Sand erfolgt bereits. Die Koalitionspartner werden sich dafür einsetzen, dass der geplante Umbau der Neugrabener Marktpassage und des Herbert-Wehner-Platzes sowie der Seevepassage zügig folgt.
- Die Koalition unterstützt die bereits begonnene Arbeit der Verwaltung, für die beiden Harburger Zentren neue Parkraum- und Verkehrskonzepte zu erarbeiten, die sich an den zukünftigen, in den Rahmenplänen beschriebenen Veränderungen orientieren.
- Ferner wird die Koalition auch zukünftig die Arbeit des City Managements und des Marketing Boards unterstützen und finanzielle Mittel hierzu bereitstellen.

Neue Mobilität für Harburg

Die Koalitionspartner stellen sich u.a. mit den hier beschriebenen Maßnahmen den Herausforderungen, die sich aus den sich ändernden gegenwärtigen und zukünftigen Anforderungen an eine Mobilität ergeben, die durch stetig wachsende Bevölkerungszahlen und durch notwendige Maßnahmen zum Klima- und Lärmschutz im Bezirk Harburg geprägt ist. Erforderlich ist es dabei, Mobilitätslösungen für alle Beteiligten zu finden und Anreize zu setzen, die geeignet sind, den Individualverkehr zu reduzieren. Denn es ist zu erkennen, dass die Grenzen des Wachstums des motorisierten Individualverkehrs erreicht sind und zunehmend zu gravierenden Problemen wie Luftverschmutzung, Lärmimmissionen, vermehrten Staus und schwierigen Parkplatzsituationen in dichter bebauten Stadtteilen führen.

Der Fokus der Koalitionspartner liegt in dieser Legislaturperiode auf der Instandsetzung der vorhandenen Infrastruktur und dem Ausbau alternativer Verkehrsangebote sowie des öffentlichen Personennahverkehrs. Zudem sollen Lebensqualität und Sicherheit nach dem Willen der Koalitionspartner auch bei wachsender Bevölkerung gewährleistet und verbessert werden.

Öffentlicher Personennahverkehr

- Die Koalitionspartner werden sich dafür einsetzen, dass die Voraussetzungen für einen Drei-Minuten-Takt der S3 und S31 zügig geschaffen werden. Die Digitalisierung der Signaltechnik und der Stellwerke soll vorangetrieben werden und die technischen sowie logistischen Voraussetzungen sollen bereitgestellt werden.
- Ab dem Winterfahrplan 2019/20 sollen die S-Bahnen nach Bedarf angepasst bis nach Buxtehude im 10-Minuten-Takt durchgehend als Vollzüge fahren. Ebenso sollen S-Bahnzüge nach Neugraben und auch nach Stade höher getaktet werden.
- Der gegenwärtige Zustand der 3 unterirdischen S-Bahnhöfe ist nicht akzeptabel. Die Koalitionspartner werden daher darauf hinwirken, dass die Sanierung der Bahnhöfe zügig fertiggestellt und die regelmäßige Reinigung sichergestellt werden. Zudem soll ein funktionsfähiger vollständig barrierefreier Zugang aller S-Bahnhöfe sichergestellt werden.
- Die Koalitionspartner werden sich darum bemühen, dass geprüft wird, ob eine Verlängerung der S32 in Richtung Meckelfeld angesichts der vorhandenen Infrastruktur technisch möglich ist.
- Die Koalition setzt sich dafür ein, dass bis 2024 eine Machbarkeitsstudie für die U4-Verlängerung nach Harburg unter Berücksichtigung des prognostizierten Bevölkerungswachstums für den nächsten Investitionszyklus erstellt wird.
- Die Koalition wird sich dafür einsetzen, dass geprüft wird, ob ein Halt des Regionalexpress in Neugraben zu einer merklichen Entlastung der Situation für Pendler*innen führen kann und dass ggf. Gespräche zwischen den Beteiligten zur Realisierung geführt werden.
- Die Koalitionspartner werden nach dem Erfolg des Eilbusses nach Bergedorf darauf hinwirken, dass auch zwischen Neugraben und Altona eine Eilbuslinie eingerichtet wird. Dabei soll eine eigene Busspur im Elbtunnel geprüft werden. Alternativ wäre eine Linienführung auf einer eigenen Busspur bis zur BAB-Auffahrt Waltershof zu prüfen.
- Die Koalition wird dafür sorgen, dass der Busbahnhof Harburg entsprechend der vorliegenden Pläne zügig umgebaut wird. Die Planung (Insellösung) des Busbahnhofs Neugraben soll insbesondere im Hinblick auf Fußgängerfreundlichkeit kritisch überprüft und ggf. modifiziert werden.

- Eine Attraktivitätssteigerung der Cranzer Fährverbindung ist nötig. Diese kann nach Ansicht der Koalitionspartner durch eine verbesserte Einbindung in das HADAG Fährverkehrsnetz erreicht werden, z.B. mit einer Verbindung zum Anleger Teufelsbrück, wo es Umsteigemöglichkeiten auf andere Linien gibt.
- Der geplante Bau des Radschnellwegs Neugaben – Finkenwerder soll eine Anbindung an die Fähre 62 als Verbindung in die Innenstadt als Alternative für Pendler*innen ermöglichen. Das erfordert aus Sicht der Koalition eine Kapazitätserhöhung für Passagiere mit Fahrrädern.
- Die Koalition unterstützt die Schaffung einer schnellen Fährverbindung zwischen Harburg und den Landungsbrücken und setzt sich für eine Einbindung in den HVV ein.

Straßenverkehr

- Die Koalition wird dafür sorgen, dass das Harburger Radverkehrskonzept bis Ende 2020 überarbeitet und erweitert wird. Hierzu soll es einen Beteiligungsprozess geben, an dem die maßgeblichen Akteur*innen sowie die Bevölkerung beteiligt sind. Ziel ist ein effektives Radverkehrsnetz aus überregionalen und regionalen Radwegen für alle Stadtteile.
- Die Koalitionspartner werden sich dafür einsetzen, dass zur schnelleren Umsetzung der Radverkehrsplanung dem Bezirksamt eine dringend notwendige dritte Planstelle im Bezirksamt bewilligt wird.
- Die Koalition wird auf eine zügige Fertigstellung der Velorouten 10 (Eißendorf in die Hamburger City) und 11 (Neu Wulmstorf über Binnenhafen in die Hamburger City) hinwirken.
- Der geplante Radschnellweg von Finkenwerder nach Neugraben/Neuwiedenthal soll bis 2024 gebaut werden. Die Koalition wird sich gegenüber dem Senat für eine zügige Trassenfestlegung einsetzen.
- Die Koalitionspartner werden dafür sorgen, dass im Rahmen der Radverkehrsplanung zwei weitere Velorouten Richtung Nenndorf/Tötensen und Richtung Meckelfeld/Maschen geprüft und anschließend umgesetzt werden.
- Die Koalition wird prüfen lassen, welche Straßen für Fahrradstraßen oder Tempo 30-Zonen geeignet sind. Dazu soll geklärt werden, ob Fahrrad und Auto die Straße gemeinsam nutzen können und ob der Parkraum neu geordnet werden muss.
- Die Möglichkeit von Protected Bike Lanes (PBL) in Harburg soll in Modellprojekten erprobt werden. Denkbar wäre dies z.B. in der Bremer Straße.
- Die Koalitionspartner werden sich dafür einsetzen, dass die größeren Verkehrsknotenpunkte des Bezirks optimierte Verkehrsführungen erhalten. Eine Modifizierung soll innerhalb dieser Legislaturperiode erfolgen.
- Viel frequentierte Kreuzungen sollen dabei Ampeln mit eigenen Signalen für Radfahrer*innen umgerüstet werden.
- Der Laub- und Winterdienst der Stadtreinigung auf Fahrradwegen soll um 5 km jährlich im Bezirk Harburg ausgeweitet werden, beginnend mit den Velorouten und dem bezirklichen Radverkehrsnetz.
- Die Koalition wird veranlassen, dass für die nördliche Winsener Straße geprüft wird, wie diese umgebaut werden kann, so dass Autos auf zwei Spuren begrenzt werden, um mehr Platz für Fahrrad und/oder eine zweite Busspur zu schaffen.
- Die Koalition ist sich einig, dass am S-Bahnhof Fischbek neben einer kostenfreien Abstellanlage die Errichtung eines vollautomatischen Fahrrad-Parkhauses mit Lademöglichkeiten für E-Fahrräder geprüft und ggf. realisiert werden soll.
- Der Bau des Fahrradparkhauses am Bahnhof Harburg soll zügig umgesetzt werden.

- Die Koalition wird sich dafür einsetzen, dass an allen S-Bahnhöfen ausreichende Fahrradabstellmöglichkeiten u.a. mit sog. „Fahrradkäfigen“ zur sicheren Unterbringung von Fahrrädern vorhanden sind.
- Private Fahrradgaragen in den Quartieren sollen als Sondernutzung im öffentlichen Raum ausgewiesen werden, um ein ebenerdiges Abstellen von Fahrrädern auch dort zu ermöglichen, wo dies in angrenzenden Gebäuden nicht möglich ist. Die Umsetzung derartiger Planungen soll ggf. auch finanziell unterstützt werden.
- Die Koalitionspartner werden sich dafür einsetzen, dass weitere Stadtradstationen im gesamten Bezirk entstehen, wobei Einigkeit darüber besteht, dass im nächsten Schritt zunächst Süderelbe an das Netz von StadtRAD angebunden wird. Die Stadtradstationen sollen zudem nach Möglichkeit auch mit Lastenrädern ausgerüstet werden.
- Die Koalition wird sich nachdrücklich dafür einsetzen, dass die Finanzierung der Landschaftsbrücke sichergestellt wird und eine Umsetzung der Planung für eine bessere barrierefreie Anbindung des Binnenhafens endlich erfolgen kann.
- Die Koalition wird dafür sorgen, dass ein Fußverkehrskonzept für die Harburger Innenstadt unter Einbeziehung der geplanten Landschaftsbrücke erarbeitet wird.
- Auch für das Neugrabener Zentrum und seine Wegeverbindung von der S-Bahn in die Fußgängerzone wird die Koalition auf die Erarbeitung eines Fußwegekonzepts hinwirken.
- Die Koalitionspartner werden sich dafür einsetzen, dass die Grün-Phasen der Fußgängerampeln optimiert werden.
- Die Koalitionspartner werden sowohl in Süderelbe als auch im Kerngebiet ein Modellprojekt für ein Schulwegkonzept unter Beteiligung der Schüler*innen, Eltern, Lehrer*innen an je einer Schule pro Regionalbereich veranlassen, um die Schulwegsicherheit mit den Betroffenen voranzubringen.
- Die Koalitionspartner sind sich darüber einig, dass in Wohngebieten die Zahl der Tempo-30-Zonen deutlich erhöht werden muss. Insbesondere vor Schulen und Kitas und auch auf den Wegen dorthin muss Tempo 30 verbindlich werden.
- Ferner ist sich die Koalition einig, dass nächtliche Tempo 30-Beschränkungen an der Bremer Straße/ Winsener Straße/ und Stader Straße anhand der Lärmkarte ausgeweitet werden sollen.
- Die Koalitionspartner werden zudem Anträge von Bürger*innen zur Einrichtung von Tempo 30-Zonen als Lärmschutz in Wohngebieten unterstützen und werden sich dafür einsetzen, dass derartige Anträge ohne Verzögerung bearbeitet werden. Hohe Gebührenforderungen werden abgelehnt.
- Die Koalitionspartner werden prüfen lassen, ob „section control“ als Modellprojekt für Verkehrsregulation im Bezirk möglich ist.
- Ebenfalls soll „Shared Space“ an einer Straße pro Region als Pilotprojekt getestet werden.
- Es soll erneut geprüft werden, wie die Verkehrsbelastung und die Luftreinhaltung in der Moorstraße nachhaltig verbessert und die Veloroute 11 ohne Kahlschlag hier durchgeführt werden kann. Die Koalition setzt sich für eine Herausnahme des Individualverkehrs und des stadteinwärts gerichteten Busverkehrs ein.
- Ebenfalls sollen LKW-Durchfahrtsverbote an besonders belasteten Wohnstraßen geprüft werden.
- Die Koalitionspartner unterstützen die Errichtung von weiteren Stellplätzen mit Ladestationen, u.a. an allen Schnellbahnstationen und in den Stadtteilzentren.
- Die Koalition wird lokales Car Sharing in allen Quartieren fördern. Entsprechende Modellprojekte in Harburg und Süderelbe werden wir unterstützen.

- Die Koalition wird sich gegenüber dem Senat dafür einsetzen, dass der Bezirk beim Abschluss von Verträgen mit Dienstleistern zu alternativen Mobilitätsangeboten, zukünftig angemessen berücksichtigt wird; lokale Anbieter zu fördern, die Taxi-Abdeckung überprüfen und Mobilitätsdienstleister (wie MOIA) nach Harburg holen.
- Die Koalitionspartner werden sich zudem dafür einsetzen, dass in verdichteten Stadtteilen mit angespannter Parksituation zur Entlastung der Anwohner*innen eine geeignete Parkraumbewirtschaftung eingeführt wird. In diesem Zusammenhang geprüft werden, ob die Errichtung von Quartiersgaragen in den betroffenen Quartieren möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist. Bei der Bauleitplanung ist die Möglichkeit des Baus von Quartiersgaragen stets zu prüfen.
- Die Koalitionspartner sind sich einig, dass es eine Ost-West-Querung zwischen A7 und A1 geben muss. Hierbei ist die Koalition der Auffassung, dass lediglich eine Trasse realisiert werden sollte. Es besteht zwischen den Koalitionspartnern kein Einvernehmen über die Frage, welches hierbei die geeignete Trasse ist.

Der soziale Bezirk

Harburg soll sich weiter zu einem Bezirk entwickeln in dem Jede*r menschenwürdig leben und am gemeinschaftlichen Leben teilnehmen kann. Armut und soziale Ungerechtigkeit, Vernachlässigung von Kindern und Kindeswohlgefährdungen gilt es zu verhindern. Der Entstehung soll mit präventiven Maßnahmen entgegengewirkt werden.

In Harburg leben Menschen aus unterschiedlichsten Kulturen. Diese Vielfalt bereichert unseren Bezirk, wenn wir es noch besser schaffen, das soziale Miteinander zu gestalten.

Personelle Bedarfe müssen dem Bevölkerungszuwachs angeglichen werden. Sämtliche Angebote sollen regelhaft im Rahmen der Jugendhilfeplanung auf ihre Wirksamkeit überprüft und evaluiert werden. Eigeninitiative und bürgerschaftliches Engagement sollen unterstützt und gefördert werden.

Familien und Kinder stärken und unterstützen

- Jedes Kind ab dem ersten Lebensjahr hat einen Anspruch auf einen Kitaplatz. Soweit dieser von den Eltern aus pädagogischen Gründen, zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder als Unterstützungsmaßnahme in Anspruch genommen wird, muss dieser Platzbedarf im Bezirk erfüllt werden.
- Es soll ein Konzept zur validen Bedarfserfassung und eines Wartelisten-Monitorings für Kitaplätze entwickelt werden. Es ist wünschenswert Harburg als Modellregion bei der Erprobung dieses Konzeptes zu berücksichtigen.
- In Bebauungsplanverfahren und in städtebaulichen Verträgen sollen Kitas ausgewiesen und rechtlich gesichert werden. Auch bei Befreiungen für größere Bauvorhaben soll geprüft werden, ob die Schaffung einer Kita zur Voraussetzung gemacht werden kann.
- Bei Neubauplanungen oder größeren Nachverdichtungen sollen über die Spitzenverbände und Wohlfahrtsverbände die Träger der Jugendhilfe von der Harburger Verwaltung frühzeitig über die Planung einer Kita informiert werden.
- Sofern die Verwaltung darauf Einfluss hat, sollen neue Kitas im Interessenbekundungsverfahren ausgeschrieben werden. Private Investor*innen sollen auf dieses Verfahren aufmerksam gemacht und angehalten werden dies möglichst auch so umzusetzen.
- Bauanträge für Kitas sollen beschleunigt bearbeitet werden.
- Die Koalitionspartner sind sich einig, dass eine größtmögliche Trägervielfalt, wie es auch das SGB VIII vorsieht, gefördert werden soll.
- Eltern-Kind-Zentren, Familienbildungsstätten, Projekte der „Frühen Hilfen“, die Babylotsen und Familienhebammen sollen weiterhin auch finanziell unterstützt und fortlaufend evaluiert werden.
- Die Offene Kinder- und Jugendarbeit „OKJA“, Jugendverbandsarbeit, Straßensozialarbeit und die „Kiezläufer“ werden bedarfsgerecht weiterentwickelt.
- Die Koalitionspartner begrüßen Initiativen aus Harburg, die sich dem Projekt „Hamburger Allianz für Familien“ anschließen.

Schule

- Die Regionalen Bildungskonferenzen sollen als breites Beteiligungsinstrument weiterentwickelt und gestärkt werden.
- Die Sozialindizes (KESS-Faktoren) der Schulen sollen neu bestimmt werden, um Förderungen und Mittelzuweisungen an veränderte Bedingungen anzupassen.
- Die Koalitionspartner fördern und unterstützen in allen Bereichen die inklusive Bildung.
- Das Schul- und Kitaessen soll gesund, regional und biofair sein.
- Die Koalition wird veranlassen, dass die Weiterentwicklung der Elternlotsen zu Kulturlotsen geprüft und ggf. unterstützt wird.
- Die Koalitionspartner werden sich dafür einsetzen, dass Klimaschutzprojekte zur Einsparung von Wasser, Energie und Abfall an Schulen gefördert und unterstützt werden.
- Es soll geprüft werden, ob die psychologische Betreuung an den Schulen, insbesondere für Schulkinder mit Flüchtlingshintergrund, ausgebaut werden kann.
- Die Koalition unterstützt das Konzept, eine duale Ausbildung für Erzieher*innen an der Beruflichen Schule 18 im Göhlbachtal zu etablieren.

Integration und Inklusion

- Die Koalition wird das Integrationskonzept „Leben in Vielfalt“ weiterhin unterstützen.
- Die Integrationsarbeit mit Schutzsuchenden soll frühzeitig mit Sprachkursen, der Vermittlung unserer Werte und der Extremismusprävention beginnen.
- Veranstaltungen und Formate wie der Integrationsrat, die Integrationskonferenzen und das „Fest der Vielfalt“ werden weiterhin gefördert und unterstützt.
- Das Projekt „Lokale Partnerschaften in Harburg und Süderelbe“ wird weiter unterstützt.
- Die Koalition wird sich dafür einsetzen, dass interkulturelle Fortbildungsangebote für die Mitarbeiter*innen in der Harburger Verwaltung mit Kundenkontakt weiter ausgebaut werden.
- Zudem werden die Koalitionspartner sich dafür stark machen, den Anteil der Zuwanderer*innen in der Verwaltung weiter zu steigern.

Soziales Miteinander/Jede*r wird gesehen

- Die Koalitionspartner sind sich einig, dass Quartiersbeiräte und Quartierszentren eine wichtige Funktion erfüllen und unterstützen die Bildung und Verstetigung von Beiräten und die Schaffung von Zentren auch außerhalb von RISE-Gebieten in weiteren Wohngebieten.
- Die Koalitionspartner unterstützen die Absicht der Verwaltung, Wilstorf als neues RISE Gebiet zu beantragen.
- Der Bedarf an Schuldnerberatung im Bezirk soll geprüft und ggf. erweitert werden.
- Die Koalition begrüßt es, wenn das Projekt „Hier wohnt Hamburgs Jugend“ auch in Harburg Wohnraum für Jungerwachsene bietet und wird die Suche nach geeigneten Flächen und Objekten weiter unterstützen.
- Die Koalitionspartner werden sich dafür einsetzen, dass das Projekt „Wohnen für Hilfe“ in Harburg ggf. als Pilotprojekt für Hamburg eingeführt wird.
- Die Drogenhilfeeinrichtung „Abrigado“ soll bedarfsgerecht ausgebaut und weiterentwickelt werden.
- Das „Hans-Fitze-Haus“ wird weiter unterstützt. Die Koalition setzt sich für die anteilige Mitfinanzierung und Fortsetzung des Projektes ein.

- Die Route des Mitternachtsbusses soll auf Harburg ausgeweitet werden. Alternativ soll geprüft werden ob in Harburg ein eigener Mitternachtsbus eingesetzt werden kann.
- Es soll geprüft werden, ob es einen lokalen Bedarf nach einem Täter*innen-Beratungsangebot vor Ort gibt. Sollte es Bedarf geben, kann dieser, auch durch ein mobiles Angebot, gedeckt werden.
- Es soll geprüft werden, ob eine Ombudsstelle gegen Diskriminierung eingerichtet werden kann, wobei statt Klageverfahren zunächst eine Mediation angestrebt werden soll. Diese Stelle soll ehrenamtlich besetzt sein. Ggf. kann diese an der Ombudsstelle in der Jugendhilfe angegliedert werden.
- Senior*innen-Treffs sind ein wichtiger Bestandteil der Stadtteilentwicklung, sie sollen weiter unterstützt und gefördert werden.
- Der Senior*innenbegleitservice soll erweitert und verstetigt werden.
- Angebote und Umgang mit und für demenzerkrankte Senior*innen müssen stärker Berücksichtigung finden und sollen gefördert werden. Die Koalition wird sich zudem dafür einsetzen, dass Fortbildungsangebote zum Thema Demenz für Mitarbeiter*innen in der Harburger Verwaltung mit Kundenkontakt weiter ausgebaut werden.
- Die Einführung einer bezirklichen Ehrenamtskarte soll unter Einbeziehung von Harburg Marketing geprüft werden.
- Die Koalition ist sich einig, dass der Bürger*innen - und Integrationspreis weiterhin unterstützt und finanziell gefördert werden.
- Die Koalitionspartner werden die Entwicklung der Harburger Gedenktage unterstützen.

Wissenschaft und Wirtschaft

Harburg ist eine der Innovationsregionen Hamburgs. Die Technische Universität ist dabei die Taktgeberin. Eine starke Wirtschaft mit einem starken Innovationsstandort ist mit ihren Arbeitsplätzen und ihren finanziellen Auswirkungen für ein starkes und gerechtes Harburg unerlässlich.

Die Koalition wird die Entwicklung des Innovationsstandorts aber auch des örtlichen Handwerks und der Industriebetriebe, die ebenfalls ein starker Teil der Harburger Wirtschaft sind, mit ihren positiven Auswirkungen auf Harburg aktiv unterstützen.

Technische Universität

- Die Koalitionspartner werden zur Erweiterung der Technischen Universität um einen Hafencampus den im Verfahren befindlichen Bebauungsplan Heimfeld 51 (HIP westl. Blohmstraße) zügig beschließen.
- Die Koalitionspartner haben die Erwartung, dass das Studierendenwerk seine Verantwortung zur Schaffung von studentischem Wohnraum in Harburg im Zuge der Erweiterung der TU in dem benötigten Maße wahrnimmt.
- Die Koalition unterstützt dabei insbesondere den weiteren Bau von Studierenden- und Azubiwohnheimen im Harburger Binnenhafen und im Bereich der Harburger Innenstadt und den Bau einer neuen Mensa im Binnenhafen.
- Hierbei sollen die in Harburg aktiven Baugenossenschaften angeregt werden, auch neue Projekte für Student*inne oder Azubis zu schaffen. Geprüft werden soll dabei, ob ggf. auch Projekte in Form einer Baugemeinschaft realisiert werden können.

Harburger Binnenhafen

- Die Koalitionspartner bekennen sich ausdrücklich zum Erhalt der Mischung aus hafenbezogenen Nutzungen, Wohnen, Gewerbe und Technischer Universität im Binnenhafen, die die Attraktivität dieses Quartiers ausmacht.
- Zur besseren barrierefreien Anbindung des Binnenhafens an die Harburger Innenstadt werden sich die Koalitionspartner gegenüber Senat und Bürgerschaft für die Finanzierung einer Landschaftsbrücke einsetzen.
- Im Zuge der Entstehung des Hafencampus der TU ist die Anbindung des Schwarzenberg-Campus an den Hafencampus und damit des Binnenhafens durch bessere Fußgänger*innen - und Fahrradbindung ggf. über die Seehafenbrücke zu prüfen und zu realisieren.
- Die Koalition wird zudem prüfen lassen, wie die Busanbindung des Binnenhafens und damit des Hafencampus ggf. durch Auskoppelung der Linie 142 über die Seehafenbrücke oder eine entsprechende neue Linie verbessert werden kann.
- Ebenso soll eine verbesserte Taktung und Kapazität der Busverbindung geprüft werden.
- Die Koalitionspartner werden sich dafür einsetzen, die Verlegung der Seevestraße zügig zu realisieren, um so den KFZ-Verkehr im mittleren Binnenhafen zu reduzieren.
- Die Koalitionspartner unterstützen die Realisierung des Neuländer Quarrees als gemischtem Quartier aus Wohnen und Gewerbe. Sie werden darauf achten, dass der im städtebaulichen Vertrag vereinbarte Anteil an öffentlich gefördertem Wohnraum umgesetzt wird.

Innovation

- Die Koalition unterstützt die Erweiterung des HIT Technologieparks in Bostelbek.
- Die Koalitionspartner werden auch die Planung und Realisierung der Innovationsachse entlang der Bahnlinie zwischen Binnenhafen und Bostelbek aktiv unterstützen.
- In diesem Zusammenhang werden die Koalitionspartner anregen, die Entwicklung entlang der Bahnlinie für einen Forschungsschwerpunkt zur alternativen, emissionsfreien Mobilität (Elektromobilität, autonomes Fahren) in Kooperation mit der Technischen Universität und ggf. mit dem Mercedes-Werk in Bostelbek zu nutzen.
- Es soll geprüft werden, ob in der Lüneburger Straße u.U. mit der TU als Kooperationspartnerin sog. Gläserne Labore eingerichtet werden können, die eine weitere transparente Begegnung von Gesellschaft und Wissenschaft ermöglichen.
- Ferner werden die Koalitionspartner im Bezirk einen Innovationsfonds schaffen, aus dem Begegnungsformate der Wissenschaft mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen gefördert und insbesondere Frauen in Wissenschaft und Technik sichtbar gemacht werden können.

Wirtschaft

- Die Koalition bekennt sich zu dem Prozess der Visionen 2020/50 des Harburger Wirtschaftsvereins und wird auch weiterhin einen Teil der Finanzierung der Fortentwicklung der Visionen sicherstellen.
- Die Koalitionspartner werden sich dafür einsetzen, dass städtische Gewerbeflächen prioritär an Technologiebetriebe sowie zur Gründung und Erweiterung ortsansässiger Gewerbe- und Industriebetriebe vergeben werden, wobei bei der Ansiedlung technologieorientierter Nutzungen nicht nur die Forschung, sondern auch die industrielle Produktion neuer Technologien im Vordergrund stehen.
- Es soll geprüft werden, welche Flächen im Bezirk Harburg, die in der Verwaltung von HPA sind, nicht mehr für hafenbezogene Nutzungen benötigt werden. Die Koalitionspartner werden sich gegenüber Senat und Bürgerschaft dafür einsetzen, dass entsprechende Flächen wieder in die Verantwortung des Bezirks übergehen, um sie einer anderen gewerblichen Nutzung zugänglich zu machen.
- Sowohl das Gewerbeflächenkonzept als auch das Hotelkonzept des Bezirks sind gute und geeignete Steuerungselemente für die effektive und ressourcenschonende Flächennutzung. Sie sollen fortgeschrieben werden.
- Die Koalitionspartner werden sich dafür einsetzen, dass weitere Wohnheime für Auszubildende in Harburg entstehen, um auswärtigen Azubis eine sichere Perspektive in Harburg zu geben.
- Die Koalitionspartner begrüßen die ausgeprägte Gründer*innenkultur in Harburg und werden sich dafür einsetzen, dass vorhandene Beratungs- und Unterstützungsstrukturen wie StartUp-Dock, Tutech und Elbcampus (Handwerkskammer) erweitert und verstetigt werden.
- Die Koalitionspartner werden sich gegenüber dem Senat dafür einsetzen, in der kommenden Legislaturperiode erneut die Entlassung Moorburgs aus dem Hafenerweiterungsgebiet anhand einer aktualisierten Hafenplanung zu prüfen.
- Ferner wird sich die Koalition dafür einsetzen, dass die SAGA ausreichende Mittel für die Sanierung und den Erhalt der in städtischem Eigentum stehenden Häuser in Moorburg und Neuenfelde bereitstellt, damit Leerstände beendet und die denkmalgeschützten Häuser erhalten werden können.

Koalitionsvertrag SPD und BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN Hamburg-Harburg 2019 - 2024

- Die Koalition wird sich dafür einsetzen, dass innerhalb der nächsten Jahre flächendeckend im gesamten Bezirk eine leistungsfähige Breitbandversorgung zur Verfügung steht.
- Ferner wird sich die Koalition dafür einsetzen, dass im Binnenhafen schnellstmöglich ein Testfeld für den neuen Mobilfunkstandard 5G errichtet wird, um Forschungen im Bereich industriellen Einsatzes von 5G-Anwendungen zu ermöglichen.

Klima-, Umwelt- und Artenschutz

Mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung drückt die internationale Staatengemeinschaft ihre Überzeugung aus, dass sich die globalen Herausforderungen nur gemeinsam lösen lassen. Die Agenda schafft die Grundlage dafür, weltweiten wirtschaftlichen Fortschritt im Einklang mit sozialer Gerechtigkeit und im Rahmen der ökologischen Grenzen der Erde zu gestalten.

Wenn der Wandel zu einer nachhaltigen Gesellschaft gelingen soll, muss Nachhaltigkeit lokal verankert und mit Leben gefüllt werden. Die bewusste Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der UN, insbesondere des Hamburger Schwerpunktthemas „Umwelt und Stadt“ steht hierbei auch im Zentrum unserer bezirklichen Arbeit.

Global denken und lokal handeln ist die Devise. Gerade die Ebene des Bezirks ermöglicht einen hohen Grad des Lebensbezuges, der Konkretisierung und der Bürgerbeteiligung. Nachhaltige Entwicklung bedarf der Berücksichtigung von innovativem Klima- und Umweltschutz und des Artenschutzes. Zum Gelingen bedarf es zielführender Forderungen und Rahmenbedingungen, denn jeder Plan ist nur so gut wie seine Umsetzung.

Klimaschutz und Klimafolgenmaßnahmen

- Die Entwicklung und Umsetzung integrierter Klimaschutzkonzepte für den gesamten Bezirk und einzelne Quartiere soll intensiviert werden. Insbesondere sollen sie auch als Monitoringinstrument für die Bewertung von Klimafolgen baulicher Maßnahmen im Quartier entwickelt werden.
- Von Anfang an soll eine Umsetzung und Bewertung von Maßnahmen im Vordergrund stehen; auch in RISE-Planungen sollen die Faktoren Umwelt und Klimaschutz einbezogen werden.
- Die Koalitionspartner werden sich dafür einsetzen, dass die Erfassung des Grünvolumens als Monitoringinstrument für die Quartiersentwicklung modellhaft in Harburg erprobt wird. Hierfür ist eine externe Förderung anzustreben.
- Akteure für Umwelt- und Klimaschutz im Bezirk sollen an der Erstellung bezirklicher Klimaschutzkonzepte beratend beteiligt werden.
- Die Gestaltung „wassersensibler Straßen“ mit Retentions- und Versickerungsflächen und von Dach- und Fassadenbegrünungen soll berücksichtigt werden. Hierbei ist eine größere Verteuerung des Wohnraums zu vermeiden. Bei Dachbegrünungen sollen Synergieeffekte mit der Errichtung von Fotovoltaikanlagen genutzt werden.
- Die Energiewende darf nicht nur eine Stromwende sein. Klimaneutrales Heizen und Kühlen im Bezirk sollen gestärkt werden (z.B. Eisspeicherheizung, Blockheizkraftwerke, Wärmenetze, Solarthermie und Fotovoltaik). Öffentliche Gebäude können hier eine Vorreiter- und Modellrolle einnehmen, eine Verankerung in städtebaulichen Verträgen ist möglich, Informationen für den privaten Wohnungsbau sollen verstärkt werden.
- Die Koalitionspartner werden dafür sorgen, dass zeitnah eine Wohnungsbaukonferenz zum Thema „Nachhaltiger Wohnungsbau und Klimaneutralität“ veranstaltet wird.
- Die Koalition ist sich darüber einig, den Anteil des Stadtgrüns nach Fläche, Volumen und Naturwert zu erhalten und zu erweitern. Unterhaltung und Pflege des Stadtgrüns müssen gewährleistet sein.

Umweltschutz

- Die Grünzüge im Bezirk sollen in ihrer Vernetzung erhalten und verbessert und das grüne Netz ausgebaut werden. Gerade eine dicht bebaute Stadt braucht Freiräume und den Bezug zur Natur. Deshalb sind Parkanlagen und zusammenhängende öffentliche Grünzüge für Bebauung und Nutzungsänderung tabu,
- Die Koalitionspartner unterstützen das EU-Projekt „Clever Cities“ in Neugraben-Fischbek und werden prüfen lassen, ob es auch auf andere Stadtteile übertragen werden kann.
- Die Möglichkeiten einer Erweiterung des Naturschutzgebietes Neuländer Moorwiesen sollen geprüft und ggf. umgesetzt werden. Die besondere Bedeutung dieses Gebietes für den Klimaschutz soll im Bezirk besser kommuniziert werden.
- Die Koalition wird sich dafür einsetzen, dass der Vollhöfner Wald im Gebiet Altenwerder West aus der Hafennutzung und Hafenerweiterung herausgenommen wird. Der Wald soll als Biotopfläche und Teil des Grünen Ringes erhalten bleiben.
- Der Regionalpark Rosengarten soll für die Naherholung weiterentwickelt werden.
- Baumnachpflanzungen im privaten und öffentlichen Raum sollen gleichermaßen bewertet werden. Die Koalition wird sich zudem dafür einsetzen, dass ein Programm zur Erhöhung der Anzahl der Straßenbäume entwickelt und finanziell ausgestattet wird, damit Straßenbäume nicht nur ersetzt, sondern deren Anzahl deutlich erhöht wird.
- Nachpflanzungen sollen sich am Grünvolumen und an der ökologischen Wertigkeit orientieren, es sind klimaresistente Bäume zu pflanzen.
- Die Koalitionspartner setzen sich für einen aktiven Lärmschutz im Bezirk ein. Dieses gilt vor allem für alle Bahnlinien, insbesondere im Bereich Rönneburg und Wilstorf im Zuge des Baus des neuen Überwurfbauwerks.
- Zur Verminderung der Luftschadstoffe in Harburg setzen sich die Koalitionspartner für eine zügige Umstellung der in Harburg eingesetzten Busse auf emissionsarme oder emissionsfreie Modelle ein.
- Straßenbäume sind zu erhalten und Verkehrswege zu begrünen
- Schadstoffmessungen müssen die reale Luftqualität für die Bürger*innen transparent und vergleichbar machen. Daher sollen – entsprechend der aktuellen EuGH-Rechtsprechung - an viel befahrenen Straßen wie der Winsener Straße, der Moorstraße und der Cuxhavener Straße neue feste Luftmessstationen errichtet werden.

Artenschutz und Biodiversität

- Die Koalition unterstützt die Umsetzung von Urban Gardening als ein partizipatives Stadtgrün-Modell und wird unter Beteiligung von Stadtteilbeiräten geeignete Rahmenbedingungen schaffen.
- Die Förderung von Biodiversität und Artenschutz ist ein wichtiges Anliegen der Koalition. Deshalb sollen öffentliche Flächen als positives Vorbild hervorgehoben und kleine Grünflächen im öffentlichen Raum als Lebensraum für Tiere und Pflanzen geschützt und entwickelt und der Erweiterung der Wildnis Raum gegeben werden.
- Auf speziellen Flächen wie Deichen ohne Schutzfunktion, Friedhöfen, Brachflächen und Rasenflächen sollen Blühflächen zum Insektenschutz eingerichtet werden.
- Die Koalition wird veranlassen, dass der Bezirk sämtliche Möglichkeiten einer öffentlichen Förderung von Landwirten zur Anlegung von Streublumenwiesen auf temporär brach liegenden Flächen ermitteln und entsprechende Informationen weitergeben wird.

- Die Koalition wird die Entwicklung eines bezirklichen Leitfadens zur Gestaltung von Grünflächen zur Förderung der Biodiversität veranlassen.
- Der Bezirk soll eine gemeinsame Aktion von Fachbehörden, Kitas und Schulen zur Gestaltung und pädagogischen Begleitung von Blühflächenanlagen initiieren.
- Die Koalition wird darauf hinwirken, dass eine ökologische Qualifizierung und Zertifizierung für Biodiversität von Privatgärten im Bezirk geschaffen wird. Diese soll in Kooperation mit Partner*innen vor Ort wie z.B. Naturschutzverbänden oder HARBURG21 erfolgen und im Rahmen des Nachhaltigkeitspreises öffentlich vergeben werden.
- Schutzkonzepte mit besonderer bezirklicher Verantwortung sollen verstetigt und gefördert werden. Hierzu gehört Erhalt und Schaffung von Nist- und Überwinterungsmöglichkeiten für Gebäudebrüter und Fledermäusen in Neu- und Bestandsbauten und eine bessere Kommunikation der Patenschaft „Grasfrosch“
- Die Stadttaubenpopulationen soll tierschutzgerecht eingedämmt werden. Hierzu sind die Ergebnisse der bestehenden Anträge zur Einrichtung eines Taubenschlages zu bewerten.

Bildung für nachhaltige Entwicklung im Bezirk umsetzen

- Die Koalition verfolgt das Ziel einer besseren Kommunikation von Zielen, Maßnahmen und insbesondere Möglichkeiten der Bürger*innenbeteiligung zur Entwicklung eines nachhaltigen Bezirks Harburgs im Internet und durch andere Medien, wie z.B. einem „Wimmelgrünplan“ oder einer APP.
- Das NachhaltigkeitsNetzwerk HARBURG21 werden die Koalitionspartner weiter stärken und verstetigen und die Arbeit auch weiterhin personell und materiell unterstützen.
- Der Harburger Nachhaltigkeitspreis soll verstetigt und weiterentwickelt werden. Dabei unterstützen die Koalitionspartner insbesondere eine Qualifizierung und Auszeichnung von Modellprojekten unter Einbeziehung von HARBURG21 als durchführenden Träger mit anschließender Prämierung und Kommunikation,
- Die Koalition wird darauf hinwirken, dass Harburg als Modellbezirk ein nachhaltiges Veranstaltungsmanagement weiterentwickelt. Privaten Veranstalter*innen sollen mit der Genehmigung entsprechende Auflagen gemacht werden. Es soll vorerst nur für kommerzielle Veranstaltungen und Veranstaltungen mit bezirklicher Tragweite verbindlich gelten.
- Die Koalitionspartner unterstützen den Hamburger Masterplan Bildung für nachhaltige Entwicklung (Senatsdrucksache) und insbesondere die Umsetzung des Handlungsfeldes „Bezirke“.

Kultur und Sport

Die große Anzahl von Aktiven, die sich in Kulturinitiativen und Sportvereinen, sei es ehren- oder hauptamtlich, engagieren, prägen das Zusammenleben in unserem Bezirk maßgeblich. Die Möglichkeit der gemeinsamen Freizeitgestaltung, sei es beim künstlerischen Gestalten oder in der Musik oder auf dem Sportplatz, ist wichtiger Standortfaktor für einen lebenswerten Bezirk. Die Koalition begrüßt die vielfältige Landschaft der Initiativen, Vereinen, Kulturzentren und Kulturschaffenden im Bezirk.

Urbane Stadtteilentwicklung beinhaltet die Berücksichtigung von Erfordernissen kultureller (Frei)Räume, damit das städtische Wachstum mit wachsender Lebensqualität einhergeht.

Räume für Kultur schaffen

- Räume für kulturelle Nutzungen müssen frühzeitig in die Stadtentwicklung implementiert werden. Die Koalitionspartner sind sich darüber einig, dass die räumliche Kulturentwicklungsplanung für jedes Gebiet angepasst und eine Berücksichtigung der Interessen der Kulturschaffenden an der Errichtung und dem Betrieb von Kulturräumen/-flächen von der ersten Planung bis zur Realisierung gewährleisten soll.
- Die Koalition begrüßt die Errichtung und den Betrieb eines Kulturkatasters zur räumlichen Erfassung der bestehenden kulturellen Vielfalt (Parameter u.a. Lage, Art der Nutzung/en, Flächengröße, Indoor/ Outdoor, Programmangebote, Förderungsstatus der FHH) durch die Kulturbehörde. Diese Bestandserfassung dient auch zur Früherkennung von Problemlagen bei Ausschreibungen und zukünftigen Bauplanungen in Hinblick auf vor Ort ansässige Kulturstätten.
- Für den Bezirk soll eine Plattform für die Raumerfassung entstehen, analog zu der vorhandenen Plattform für die Sporthallen- und Sportplatznutzung, die sich an den Bedürfnissen der Nutzer*innen orientiert.
- Die Kreativgesellschaft wird aufgefordert, gemäß ihrem Auftrag, auch für den Bezirk Harburg für Kulturschaffende zur Verfügung zu stehen. Besonders für die Zwischennutzung leerstehender Ladenlokale ist die Kreativgesellschaft für die Vertragsgestaltung ein wichtiger Kooperationspartner für Mieter*innen und Vermieter*innen.
- Das neu entstehende Areal „Harburger Höfe“ bietet ideale Voraussetzungen, urbanes Leben und kulturelle Nutzung zu vereinen. Die Koalition wird sich beim Investor für ein Konzept einsetzen, dass diese Idee weiterentwickelt wird.
- Die Koalition wird sich dafür einsetzen, dass im Zuge der Entwicklung der Stadtteilkultur im Bezirk, auch die Möglichkeiten für die Schaffung eines weiteren Kulturzentrums geprüft werden.

Stadtteilkultur fördern

Die Koalition setzt sich dafür ein:

- Dass die kulturellen Einrichtungen bedarfsgerecht und auskömmlich finanziert werden.
- Dass erfolgreiche Formate, wie z.B. Suedlese, Wall of Fame, Music Night, Kunstleihe, Kulturtag, Sommer im Park, u.a. gesichert und gefördert werden.
- Dass Stadtteilkulturzentren, wie z.B. der Rieckhof und das Kulturhaus Süderelbe ihre Potentiale entwickeln können und Raum für neue Konzepte haben.
- Dass die Stadtteilkulturmittel der wachsenden Bevölkerung im Bezirk Harburg angepasst werden.

- Dass die Sammlung Falkenberg in Harburg erhalten bleibt und eine Ausweitung der Öffnungszeiten in Richtung eines regulären Museumsbetriebs geprüft wird.
- Dass bestehende Kunstwerke, z.B. das „Mahnmal gegen den Faschismus“ und der „Harburger Kunstpfad“, im öffentlichen Raum angemessen präsentiert und kommuniziert werden. Dazu gehören u.a. neue Hinweisschilder im Straßenraum.
- Dass temporäre Kunstprojekte, z.B. das Projekt „Hamburg/Maschine“ der Stadtkuratorin auch in Harburg stattfinden.
- Dass der Jugendkulturpreis erhalten bleibt und weiterentwickelt wird.

Stadtteilkultur braucht Kommunikation und Mitbestimmung

- Wir begrüßen die Zusammenschlüsse lokaler Netzwerke von Kulturschaffenden, wie z.B. Suedkultur.
- Die Koalitionspartner werden veranlassen, dass zukünftig zur besseren Vernetzung von Kultur, Politik und Verwaltung für den Kulturausschuss, analog zum Integrationsbeirat oder Senior*innenbeirat, beratende Mitglieder benannt werden.
- Zusätzlich wird ein „Runder Tisch“ zur Entwicklung von Handlungsfeldern, Zielen und Maßnahmen der Kulturentwicklung im Bezirk eingerichtet. Dieser „Runde Tisch“ besteht aus Mitgliedern der Fraktionen, der Verwaltung und Kulturschaffenden im Bezirk. Der Runde Tisch soll an der Erstellung eines Kulturentwicklungsplans für den Bezirk mitwirken.
- Für eine Verbesserung in der Zusammenarbeit von den vielen Aktiven aus Kultur und Sport mit der Harburger Bezirksverwaltung ist es notwendig, auch dort die Ressourcen zu stärken. Die steigenden Anforderungen und die wachsende Bevölkerungszahl haben sich bisher nicht im Stellenplan wiedergefunden. Die Koalition wird sich dafür einsetzen, dass im Bezirksamt eine Stelle geschaffen wird, die sich u.a. mit dem Einwerben von Drittmitteln für den Bezirk und auch mit der Unterstützung von Ehrenamtlichen in der Mittelbeschaffung befasst.

Sportentwicklung

- Breitensport insbesondere in Vereinen ist für die Integration und ein gutes Zusammenleben und damit ein lebenswertes Harburg wichtig. Die Koalition wird daher die Vereine weiter bei ihrem zumeist ehrenamtlichen Engagement unterstützen.
- Die Koalition begrüßt ausdrücklich die Ausweitung des Programms „active city“ und die damit verbundenen Möglichkeiten für Harburg.
- Eine Vielzahl von Sportvereinen übernehmen, zumeist ehrenamtlich, eine wichtige integrative Rolle für den Bezirk. Die Vernetzung der Vereine zu einer Arbeitsgemeinschaft mit einem regelmäßigen runden Tisch begrüßt die Koalition. So kann Hand in Hand der Sportentwicklungsplan umgesetzt und gelebt werden.
- Die Koalition wird sich für mehr Parksportangebote in öffentlichen Grünanlagen einsetzen.
- Die Sanierung und den bedarfsgerechten Ausbau von öffentlichen und vereinseigenen Sportanlagen werden von den Koalitionspartnern weiter unterstützt.
- Die Koalition begrüßt die Weiterführung der Sanierungsoffensive des Senats für Sportanlagen. Allerdings muss die Sportförderung auch beinhalten, auch die Situation der Platzwärter*innen im Blick zu behalten. Die entsprechenden Stellen im Bezirk müssen dem steigenden Bedarf angepasst werden.
- Die Koalition wird auch die Förderung von Kindern und Jugendlichen in den Vereinen durch finanzielle Unterstützung fortsetzen. Die bezirkliche soziale Sportförderung wird fortgeführt.

- Die Koalitionspartner werden sich mit Nachdruck für die Erweiterung des Schwimmangebots im Bezirk einsetzen. Hierzu soll nach Vorliegen der Machbarkeitsstudie ein neues Kombibad in Süderelbe ggf. in Kooperation mit der Gemeinde Neu Wulmstorf entstehen. Im MidSommerland streben die Koalitionspartner die Erweiterung durch ein wettkampftaugliches Becken an. Ferner soll die Schaffung einer Freibadeanlage in der Süderelbe geprüft werden.

Teilhabe

Die Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern sowie die Partizipation von Kindern und Jugendlichen an politischen Prozessen ist ein wichtiges Anliegen der Koalition. Die frühzeitige und möglichst einfache sowie breite Beteiligung möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger soll dazu führen, dass Anregungen und Bedenken bereits in der Anfangsphase von Planungsprozessen gehört, abgewogen und gegebenenfalls berücksichtigt werden können.

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an sie betreffenden Entscheidungen ist nicht nur eine gesetzliche Verpflichtung, sondern auch notwendig, um das Verständnis demokratischer Prozesse auch auf bezirklicher Ebene zu fördern.

Bürgerbeteiligung

- Die Transparenz der bezirklichen Arbeit (z.B. Baumfälllisten, Straßenbaulisten oder Bebauungsplanverfahren) soll durch eine Optimierung der Internetpräsenz des Bezirks verbessert werden.
- Die Koalitionspartner werden die Bezirksverwaltung beauftragen, digitale Partizipationsmodelle für die Bürger*innenbeteiligung (z.B. NextHamburg, CitizenLAB, LiquidFeedback) im Bezirk ermitteln und auf die Bedürfnisse des Bezirks anpassen zu lassen.
- Die Koalitionspartner sind sich darüber einig, dass in den Sitzungen der Bezirksversammlung ein Live-Stream (ohne online-Speicherung der Dateien) unter Wahrung der individuellen Rechte erprobt werden kann, sofern ein externer Partner hierfür gefunden wird.
- Die Koalitionspartner werden dafür sorgen, dass die bezirklichen Beiräte wie Senior*innenbeirat, Integrationsrat sowie die Quartiersbeiräte der RISE-Beiräte erweiterte Rede- und Antragsrechte in den Fachausschüssen der Bezirksversammlung erhalten.
- Die Koalition wird zudem Quartiersbeiräte, die sich nicht in aktuellen RISE-Gebieten befinden, bei ihrer Gründung und ihrer Arbeit unterstützen.
- Die Koalitionspartner sind sich darüber einig, dass in zukünftig zu besetzenden Beiräten Demarchiemodelle erprobt werden.
- In enger Abstimmung mit der Behinderten-Arbeitsgemeinschaft Harburg (BAG) sollen zukünftig jährliche Inklusionskonferenzen im Bezirk stattfinden.
- In städtebaulichen Planungsprozessen wird die Koalition die frühzeitige Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bereits während der Durchführung städteplanerischer Wettbewerbe zur Regel machen. Auch in anderen Planverfahren, wie z.B. der Radwegeplanung wird sich die Koalition für eine frühzeitige Beteiligung einsetzen.
- Ferner streben die Koalitionspartner eine Veränderung der Bürgerbeteiligungsformate hin zu interaktiven Formaten an, die eine bessere Einbeziehung der Teilnehmer*innen ermöglichen. Die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezirksverwaltung sollen hierfür ausgebildet werden.

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

- Die Koalition wird darauf hinwirken, dass die Bezirksverwaltung ggf. mit externer Unterstützung verbindliche Kriterien zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gemäß §33 Bezirksverwaltungsgesetz entwickelt und dass diese in allen Dezernaten transparent und verbindlich angewendet werden.
- Hierbei ist die Umsetzung der Beteiligung insbesondere zu dokumentieren und transparent zu machen.

- Auch Institutionen und Träger in der offenen Kinder- und Jugendarbeit sollen motiviert werden, Beteiligungsformate für Kinder und Jugendliche zu entwickeln und anzuwenden.
- Die Koalition wird die Bezirksverwaltung beauftragen, projekt- und handlungsbasierte Beteiligungsformate für Kinder und Jugendliche zu ermitteln und zusammenzustellen. Angestrebt werden zudem eine modellhafte Umsetzung und eine Vorstellung der Ergebnisse bis Ende 2021.
- Die Koalitionspartner werden sich dafür einsetzen, dass in Harburg Jugendforen und Jugendkongresse eingerichtet werden, um Jugendlichen die Teilnahme am politischen Diskurs zu ermöglichen.
- Ferner werden die Koalitionspartner die Landeszentrale für politische Bildung dabei unterstützen, in Harburg lokale Diskussionsforen für Jugendliche anzubieten, auf denen aktuelle Fragen lokaler Politik diskutiert werden.
- Die Koalition strebt eine Adaptierung des erfolgreichen DialogP-Formats an der Hamburgischen Bürgerschaft an die bezirkliche Politik an. Hierfür sollen geeignete Kooperationspartner gesucht werden.
- Angestrebt wird auch die Verbesserung des Austauschs mit den Harburger Schulen und der politischen Bildung durch Planspiele für Kommunalpolitik.

Frank Richter

Fraktionsvorsitzender SPD
Kreisvorsitzender SPD

Andreas Finkler

Sprecher Kreis GRÜNE

Ronja Schmager

Stellv. Kreisvorsitzende SPD

Cornelia Bartsch

Sprecherin Kreis GRÜNE

Matthias Czech

Stellv. Kreisvorsitzender SPD

Britta Herrmann

Fraktionsvorsitzende GRÜNE

Claudia Loss

Stellv. Fraktionsvorsitzende SPD

Bianca Blomenkamp

Stellv. Fraktionsvorsitzende GRÜNE

Holger Böhm

Stellv. Fraktionsvorsitzender SPD

Jürgen Marek

Stellv. Fraktionsvorsitzender GRÜNE

